

Normative
Problematierungen
und praktische Befunde
zum Internet

Heilmittel oder Stressfaktor für die repräsentative Demokratie?

Marianne Kneuer

Die repräsentative Demokratie wird in den letzten Jahren zunehmend auf den Prüfstand gestellt. Vielfältige Ermüdungs- oder Krisenerscheinungen sind seit Längerem konstatiert worden: abnehmende Wahlbeteiligung, sinkende Mitgliederzahlen von Parteien und Gewerkschaften etwa, sinkendes Vertrauen der Bürger in staatliche Institutionen, Parteien und Politiker – Stichwort: Politikverdrossenheit. Dabei handelt es sich weniger um Ermüdung gegenüber der Idee von Demokratie als vielmehr gegenüber der konkreten Umsetzung im politischen Alltag. Die Kritik konzentriert sich auf die politischen Akteure, allen voran die Parteien, die politische Elite. Es besteht eine wachsende Unzufriedenheit bei den Bürgern über die Art, wie politische Entscheidungen zustande kommen und wie sie in der Öffentlichkeit vermittelt werden. Die Proteste im Rahmen von Stuttgart21 haben den Wunsch der Bürger manifestiert, stärker an kommunalen politischen Entscheidungen beteiligt zu werden und mitsprechen zu können. Dabei wurde auch das Bedürfnis nach mehr Transparenz erkennbar. Als Heilmittel gegen dieses demokratische Burn-out-Syndrom wurde bislang die Ergänzung durch direktdemokratische und/oder mehr partizipative Elemente rezeptiert. Diese oder auch andere Ideen zur Revitalisierung oder Reform der repräsentativen Demokratie haben neue Konjunktur erfahren angesichts der technischen Möglichkeiten des Internets – genauer der Informations- und Kommu-

nikationstechnologien (IKT) –, insbesondere der *social media*.

Bereits Anfang der 1990er-Jahre brach sich vor allem in den USA eine Netzeuphorie Bahn in der Hoffnung, das Internet und seine technischen Möglichkeiten könnten die repräsentative Demokratie nicht nur bereichern oder modernisieren, sondern reformieren oder gar ersetzen. Nach der ersten, der athenisch-partizipativen Demokratie, und nach der zweiten, dem Repräsentativmodell des neuzeitlichen Flächenstaates, so die Vision, könne im Zeitalter der Digitalisierung und Interaktivität ein drittes Demokratiemodell verwirklicht werden, die virtuelle *agora* beziehungsweise *ekklesia*, in der das athenische Ideal der Selbstregierung der Bürger revitalisiert werden sollte. Die beiden zentralen Elemente des athenischen Modells – die Deliberation der Bürger und die umfassende Beteiligung der Bürger am Regieren – könnten, so die Argumentation, mithilfe des Internets umgesetzt werden. Die technischen Merkmale von Entgrenzung, Schnelligkeit und Interaktivität könnten zum einen gemäß dem Habermas'schen Ideal jene notwendige, umfassend informierte, vernetzte und miteinander im Diskurs stehende Öffentlichkeit produzieren und zum anderen die Beteiligung der Bürger nicht nur am Willensbildungs-, sondern auch am politischen Entscheidungsprozess durch *e-voting*, *e-petitions* oder *e-referenda* ermöglichen.

Die technischen Kapazitäten des Internets haben neue Erwartungen genährt,

auch dieses sehr anspruchsvolle Demokratiemodell in die Realität umsetzen zu können. Durch digitale oder Cyberdemokratie könnte sowohl die Teilhabe der Bürger am Willensbildungsprozess deutlich verstärkt als auch die Teilhabe an politischen Entscheidungen verwirklicht oder gar institutionalisiert werden. Dabei geht es nicht mehr nur um die Kommunikation zwischen Regierung und Bürger, sondern um den interaktiven Diskurs in der vernetzten Gesellschaft insgesamt, bei dem der Bürger (pro)aktiv und dauerhaft in die politische Willensbildung eingebunden ist, indem im Internet über Gesetzesprojekte debattiert, Wünsche und Bedürfnisse geäußert oder auch Eingaben von Gesetzesprojekten (*e-petitions*) vorbereitet werden können. Des Weiteren wären Bürger in der Lage, auf elektronischem Wege Bürgerinitiativen zu starten oder in Volksbefragungen oder Volksentscheiden befragt zu werden (*e-referendum*). Da sich Referenden über das Internet kostengünstiger und weniger aufwendig gestalten lassen, könnten sie zudem öfter eingesetzt werden, was ebenfalls den Beteiligungsgrad der Bevölkerung erhöhen würde. Und schließlich gehören auch elektronische Wahlen (*e-voting*) zu dem Spektrum elektronischer Bürgerentscheidungen. Der Bürger soll – wie im athenischen Vorbild – selbst zur Entscheidungsinstanz werden. Vonseiten der Politiker würde nicht nur Rückkoppelung, sondern auch die Konsultation der Bürgermeinung an Bedeutung gewinnen, die stärker noch als die gewählten Vertreter in repräsentativen Demokratien das öffentliche Stimmungsbild über das Internet zu erfragen hätten.

In den letzten zwanzig Jahren haben sich innerhalb der Debatte Netzoptimisten und Netzpessimisten herauskristallisiert. Ich möchte im Folgenden eher im Sinne eines Netzrealismus argumentieren und einige Anmerkungen machen, die sich auf drei Aspekte – das Entstehen

einer deliberativen Öffentlichkeit und einer partizipativen Demokratie sowie mehr Responsivität – beziehen. Diese Anmerkungen beinhalten ebenso normative Problematisierungen wie praktische Befunde.

Die Vision der deliberativen Demokratie

Es ist unbestritten, dass das Internet einerseits einen enormen Zuwachs an Möglichkeiten zur Informationsbereitstellung durch die politischen Akteure und zur Informationsabfrage durch die Bürger eröffnet. Dieses erhebliche Potenzial an Informationsgewinn ist zweifelsohne eine der zentralen Leistungen des Internets bereits im Web 1.0. Zudem sind durch Web 2.0 und *social media* neue Kommunikationsräume entstanden, die grundsätzlich interaktiver Deliberation in der Öffentlichkeit den Boden bereiten. Das heißt, rein technisch gesehen, ist die Grundlage für ein breit angelegtes rationales Rasonieren der Privatleute im digitalen Raum und für das kritische Begleiten der politischen Entscheidungsprozesse im Sinne Habermas' gegeben. Und dies gilt nicht nur innerhalb von Nationalstaaten, sondern auch transnational.

Andererseits ist das Internet *per se* weder ein demokratisches Medium, noch generiert es eine dem anspruchsvollen Habermas'schen Ideal genügende politisch informierte, vernunftgeleitet diskutierende und lösungs- und konsensorientiert entscheidende Öffentlichkeit. Das Internet wird auch nicht nur von demokratisch gesinnten Netzbürgern – „Netizens“ –, ja noch nicht einmal überwiegend für politische Zwecke genutzt. Nur ein schmaler Ausschnitt kann überhaupt als Manifestation der öffentlichen Sphäre betrachtet werden; der Großteil der Kommunikation und Vernetzung ist konsum- und unterhaltungsorientiert, also überwiegend nicht politisch. Die theoretische Grundlage des Modells delibe-

rativer Öffentlichkeit besteht darin, dass eine Vielfalt von Ideen artikuliert, den Meinungen anderer mit Toleranz begegnet wird und sich dann eine Lösung herausbildet, von der alle überzeugt sind, dass sie dem Gemeinwohl entspricht. Dem steht gegenüber, dass weder das Registrieren von Präferenzen auf einer Tastatur (gefällt/gefällt nicht) noch der Charakter der Online-Kommunikation dem reflektierten Austausch und Abwägen von Argumenten und Positionen entspricht – Etiketten wie „unzivilisiert“ oder „rau“ sind nur Beispiele für die Beschreibung der Kommunikationsweise. Dabei wirkt die Anonymität im Netz nicht selten „als Schutzschild für verbale Grausamkeiten“ (Hubertus Buchstein 1996). Zweifel an dem Entstehen einer deliberativen Öffentlichkeit ergeben sich auch dadurch, dass sich gerade in der Kommunikation der sozialen Medien solche Bürger beziehungsweise Nutzer zusammenfinden, die sich ohnehin durch gleiche oder ähnliche Interessen auszeichnen – Wilhelm nennt dies „Homophilie“ –, das heißt, man fühlt sich von Gruppen mit ähnlichen Standpunkten angezogen, statt sich in ein Umfeld zu begeben, in dem die eigene Position herausgefordert wird und verteidigt werden muss. Dies verstärkt und beschleunigt den Prozess einer Balkanisierung und würde deliberative Demokratie eher erodieren als fördern.

Fragmentierung der öffentlichen Sphäre

Die Frage nach der Wirkung des Internets auf die Öffentlichkeit hat sich in der Politikwissenschaft als zentraler Aspekt der Debatte herauskristallisiert. Den Argumenten der Netzoptimisten, die eine Herstellung von Öffentlichkeit durch elektronische Deliberation erwarten, wird entgegengehalten, dass das Internet eher zu einer Fragmentierung der öffentlichen Sphäre führen wird. Buchstein spricht gar

von der „Erosion des öffentlich orientierten Staatsbürgertums“. Während die klassischen Massenmedien Öffentlichkeit strukturiert und diesbezüglich gewisse Integrationsleistungen erbracht haben, führt die Pluralisierung durch Zigtausende von Websites, Chatrooms, Blogs et cetera zur Dispersion von Öffentlichkeit. Und mehr noch: Bürger finden sich in verschiedenen Gruppen mit ähnlichen Interessen zusammen, rufen immer die gleichen Websites ab, werden Teil eines Mikronetzwerkes, das eine nach innen gerichtete Fixierung aufweist und den Blick für andere Teilgruppen oder das „große Ganze“ verliert. Zwar können solche kommunikativen Subsphären kollektive Identitäten stärken und Interessen aggregieren, aber sie können auch eindimensionale Mentalitäten schaffen, die isoliert dastehen ohne Impetus für Austausch und Diskurs mit anderen Subsphären. Eine Öffentlichkeit im Sinne einer virtuellen *agora* aber wäre erst dann hergestellt, wenn die einzelnen kommunikativen Subräume strukturell miteinander verbunden wären.

Die rasant gestiegene Nutzung von Facebook und anderen sozialen Netzwerken wird die Vision des Netzsoziologen Manuel Castells von einzelnen, isolierten kleinen Informations- und Kommunikationswelten noch stärker vorantreiben. Es entstehen Informationskokons von Mikrogruppen, eine Myriade von selbstreferentiellen Teilöffentlichkeiten, die, langfristig gesehen, eine gemeinsame öffentliche Sphäre, die für ein politisches Gemeinwesen essenziell ist, unterminieren können. Vertreter der Forschung zu sozialen Bewegungen weisen zudem darauf hin, dass das Internet weniger die Herstellung von Öffentlichkeit fördert als vielmehr die von Gegenöffentlichkeiten. In den bekanntermaßen knappen Aufmerksamkeitsspannen springt dem Mediennutzer eher das ins Auge, was neu, sensationell und dramatisch aufbereitet

ist, und es ist immer einfacher, gegen etwas als für etwas zu sein. Daher ist der Erwartung der Entstehung einer von Vernunft geleiteten Deliberation mit dem Ziel einer gemeinwohlorientierten Öffentlichkeit die Vermutung entgegenzusetzen, dass das Internet eher als Instrument der Mobilisierung von Gegenöffentlichkeit genutzt wird, die auf Probleme aufmerksam machen und sich nicht mit Andersdenkenden kooperativ in Internetforen für Problemlösungen engagieren wird.

Stärkung der Informationselite

Betrachtet man nun schlaglichtartig einige empirische Erkenntnisse, so ergibt sich folgendes Bild: Es zeigt sich, dass mehr Informationskanäle nicht automatisch den Informationsstand der Bürger erhöhen und dass neue Informationsmöglichkeiten nicht automatisch ein neues Nutzerverhalten produzieren; ebenso wenig schafft das Internet aus sich heraus eine neue Öffentlichkeit, denn Offline- und Online-Öffentlichkeit stehen ja nicht ungekoppelt nebeneinander. Vielmehr lässt sich feststellen, dass sich sowohl bei der politischen Informationsbeschaffung als auch bei der politischen Aktivierung der Bevölkerung die bereits bestehenden Strukturen, Motivationen und Verhalten reproduzieren. Das heißt: Die Gruppen, die sich im Offline-Zeitalter politisch umfassend informiert haben und motiviert waren, sich zu engagieren, tun dies nun auch online. Jene Bürger aber, die offline wenig politisch informiert und engagiert waren, sind dies auch mit Internet geblieben. Demnach ist es so, dass das Internet bereits bestehendes Nutzungsverhalten und Partizipationsmotivation zementiert – und damit auch diesbezügliche Ungleichheiten –, dass es aber keine neuen und zusätzlichen Bevölkerungsgruppen aktiviert. Das Ergebnis ist die Verstärkung einer Informationselite, einer sehr gut in-

formierten und politisch interessierten Minderheit, die einer breiten, wenig informierten und auch nicht nachhaltig aktivierten Mehrheit gegenübersteht. Diese Elite akkumuliert Informationen und Wissen und ist bestens gerüstet zur Teilhabe am politischen Prozess. Sie hat die Möglichkeiten und die Motivation, für bestimmte Themen zu mobilisieren; und online kann sie dies schneller und effektiver. Damit entsteht die Illusion einer breit aktivierten Bevölkerung, was aber – wie die Abstimmung über Stuttgart²¹ gezeigt hat – nicht die tatsächlichen Interessen der überwiegenden Mehrheit abbilden muss.

Ungleichheiten entstehen nicht nur durch jene Herausbildung einer Informationselite, sondern auch durch die sogenannte *digital divide*, die weiterhin die meisten Länder und die globale Gemeinschaft prägt. Nur eine Minderheit an Staaten, nämlich die skandinavischen Länder, erfüllt überhaupt das Kriterium eines fast hundertprozentigen Netzzugangs. Selbst in Europa gibt es noch Länder, in denen weniger als fünfzig Prozent der Bürger einen Zugang haben. Weltweit beschränkt sich die Zahl der Nutzer auf dreißig Prozent (Daten von Internetworldstats). Neben dem technischen Kriterium des Zugangs spielen aber auch in den Ländern mit hohem Nutzungsanteil „weichere Kriterien“ wie Medienkompetenz, Nutzungsvielfalt und Anwendungsoptionen eine Rolle (von Eimeren/Frees 2011). Die digitale Spaltung zeigt sich daher auch im Umgang mit den Angeboten im Netz.

Weltweit hat sich ein deutliches Nutzerprofil des Onliners herausgebildet, das sich auf folgenden Nenner bringen lässt: männlich, jung, gut gebildet, eher urban. Selbst wenn sich in westlichen Industrieländern, so auch in Deutschland, das Merkmal des Geschlechtes abgeschwächt hat, so bleibt doch die Kluft bei Alter und Bildung. Künftig ist hier sogar eher eine Verstärkung einer Generatio-

nenshere zu erwarten, insbesondere in Bezug auf die politische Nutzung des Internets angesichts von Web 2.0, also den sozialen Medien. Hier stellt sich die Alterskluft sehr viel akzentuierter dar: Fast neunzig Prozent der 14- bis 19-Jährigen beziehungsweise rund siebzig Prozent der 19- bis 20-Jährigen stehen 22 beziehungsweise zehn Prozent bei den Altersgruppen 20 bis 59 und ab 60 gegenüber (Busemann/Gscheidle 2011).

Partizipative Demokratie

Bei den Möglichkeiten, die sich durch IKT im Bereich zusätzlicher Partizipation ergaben, werden überwiegend *e-voting*, *e-petitions* und *e-referenda* angeführt. Vor allem die Anfang der 1990er-Jahre entwickelten netzoptimistischen Vorstellungen von Esther Dyson, Nicholas Negroponte, Howard Rheingold und Alvin Toffler stellten auf Verbesserungen in der politischen Partizipation ab, also auf die Ergänzung repräsentativer durch direkt-demokratische oder gar das überwiegende Ersetzen repräsentativer Verfahren durch bürgerliche Selbstregierung. Insgesamt, aber ganz besonders in der letzten Variante kommt der aktiven und aktivierenden Zivilgesellschaft eine gewichtige Rolle zu. Das Internet solle, so die Mobilisierungsthese, etwa von Rheingold vertreten, zu basisdemokratischem politischen Aktivismus führen und den Austausch der Ideen anregen. Das Internet könne zudem den Bürger dazu befähigen, sich auch in großem Umfang an politischen Prozessen zu beteiligen (*net empowerment*), eben über *e-voting*, *e-petitions* und *e-referenda*. Ein anderer wichtiger Bezugspunkt für die Gestaltung von Cyberdemokratie stellt das partizipative Demokratiemodell dar, das von Benjamin Barber geprägt wurde. Barbers Idee der „strong democracy“ postuliert „extensive and active engagement of citizens in the self-governing process“. Die Bürger sollen sich selbst regieren „day in

and day out [...] in all matters that affect them in their common lives“ (Benjamin Barber 1998). Gleichwohl hat Barber später seine ursprüngliche Zielvorstellung insofern relativiert, als er ein völliges Ersetzen der liberalen durch die partizipatorische Demokratie nicht für realistisch hält und daher nur noch eine Beteiligung der Bürger „in at least some public matters at least some of the time“ umgesetzt sehen möchte. Barber führt als eine der wichtigsten Formen der Institutionalisierung partizipatorischer Demokratie nationale Referenden an, die dank des Internets kostenarm und wenig aufwendig geworden sind.

Auch hier gibt es jedoch wieder Einwände normativer Art. Es wird angezweifelt, dass eine „push bottom“-Spielart zu anspruchsvollen Entscheidungsfindungen beitragen kann. Man muss sich vorstellen, dass politische Fragen ethischer Dimension – sozialpolitische Themen, Präimplantationsdiagnostik oder Migrationspolitik – letztlich auf den „passiven und privaten Akt der Registrierung der eigenen vorgefassten Meinung reduziert“ (Hubertus Buchstein 1996) werden, die man möglicherweise vorher in den Chatrooms oder sozialen Netzwerken mit einer Gruppe Gleichgesinnter bestätigt gefunden hat. Eine Partizipation über Knopfdruck zu Hause nach der Arbeit würde so zur bloßen Rückmeldung trivialisiert. Zudem bleibt das bereits diskutierte Argument einer asymmetrischen Verteilung von wenigen Aktiven und einer Mehrheit von Nichtaktiven. Politische Diskurse und Entscheidungen würden dann von einer aktiven Mehrheit angeregt und dominiert, was der Idee der gleichen Teilhabe nicht entsprechen würde. Das Ergebnis wäre, dass zum Teil sehr kleine Minderheiten Entscheidungen für entsprechend große Mehrheiten trafen.

Betrachtet man die bisherige Umsetzung von *e-participation*, gilt, weltweit

gesehen, dass die Länder, die solche Elemente eingeführt haben, im einstelligen Bereich liegen. Führend sind hier Südkorea, Australien und Spanien. Kasachstan und Kirgisistan haben sogar Konzepte eingeführt, bei denen die Bürger über nationale Portale eingeladen werden, ihre Vorschläge zu unterbreiten, die die Regierung dann begutachtet. Die Bürger bekommen eine entsprechende Rückmeldung; Mitarbeiter antworten direkt auf die Meinungen in den Online-Foren. Das mag in Kirgisistan machbar sein, aber wie die Bearbeitung in Deutschland etwa von solchen Bürgereingaben allein personell bewältigt werden könnte, ist offen.

In Deutschland ist zudem sichtbar, dass die interaktiven Angebote überwiegend von jungen Menschen genutzt werden, und zwar zum Nachschlagen in Wikipedia, zum Herunterladen von Videos auf Youtube und zu einem deutlich geringeren Anteil in sozialen Netzwerken. Die Idee der aktiven Mitwirkung im Internet, zumal der politischen, bleibt – zumindest bislang – nur für eine Minderheit interessant (Busemann/Gscheidle 2011).

Responsivität: Das Ohr am Bürger oder Populismus?

Die Interaktivität digitaler Kommunikation öffnet den Weg direkten Austauschs zwischen Bürger und Politiker. Der Bürger kann sich per E-Mail direkt an den Politiker wenden, der Politiker kann direkt darauf reagieren; zudem kann er auch über Blogs oder Twitter Einblick bekommen in das, was den Bürger bewegt. Argumente der Netzoptimisten heben daher die Verstärkung der *e-consultation* hervor, bei der die Regierenden und Parlamentarier die Bürgermeinung nachfragen oder diese aus den Blogs und Tweets herauslesen können. Informationen können konsultativ abfragbar gemacht werden, das gilt nicht nur für Politiker und

Parteien, sondern auch für Interessengruppen und zivilgesellschaftliche Gruppen. Zudem kann auch die innerorganisatorische Responsivität (in einer Partei, Interessengruppe et cetera) verbessert werden.

Responsivität heißt aber nicht, dass Entscheidungen immer im Einklang mit den Präferenzen der Bürger gefällt werden müssen, was gerade angesichts der zunehmenden Pluralisierung dieser Präferenzen immer schwieriger wird. Auch unpopuläre Entscheidungen müssen von Politikern vermittelt werden, es muss dafür bei den Bürgern geworben werden, und sie müssen von den Bürgern verstanden werden. Das Ohr am Bürger zu haben kann nicht heißen, dass der Gruppe, die am lautesten schreit, auch zugehört wird. Schlimmstenfalls kann das digitale Ohr am Bürger den Hang zum politischen Aktivismus und Populismus verstärken: schnelle und für alle sichtbare Reaktion im Internet statt sorgfältiger und fundierter Sachüberlegung.

Das digitale Medium verlangt eine sofortige Antwort, Twitter zudem eine kurze. Die Zeit zur Reflexion verkürzt sich ebenso wie die Botschaften. Komplizierte politische Sachverhalte müssen noch stärker vereinfacht werden als in den Massenmedien, statt Drei-Minuten-Features im Fernsehen maximal 140 Zeichen im Tweet. Eine Frage, die sich hier auftut, ist, inwiefern diese Form der Kommunikation die Politikvermittlung prägen wird.

Heilmittel oder Stressfaktor?

Die politische Nutzung des Internets als solche kann die Demokratie beleben und modernisieren, aber nicht reformieren. Es erscheint ebenso unrealistisch, der optimistischen Idee einer Erneuerung der Demokratie das Wort zu reden, wie die Augen davor zu verschließen, dass das Internet auch ohne weiteres Dazutun die Kommunikation in Gesellschaft und Poli-

Künftig ist eine Verstärkung einer Generationenscheere, insbesondere in Bezug auf die politische Nutzung des Internets, zu erwarten – so Marianne Kneuer. Hier surft eine Schülerin im Netz.

Bildquelle: Manfred Jahreis/pixelio.de



tik verändert hat und weiter verändern wird. Wenn die Demokratie modernisiert werden soll, kommt es auf die Akteure an (nicht nur die politischen), wie sie die neuen IKT nutzen und mit welchen Absichten. Welche Wirkung das Internet entfaltet, hängt zudem von technikfernen Faktoren ab, nämlich dem institutionellen Gefüge des politischen Systems, der politischen Kultur und dem Stand der Informationsgesellschaft. Daher können elektronische Reformen repräsentativer Demokratie nicht nach dem „one size fits all“-Prinzip vorgenommen werden, sondern müssen auf jene Parameter zugeschnitten sein.

Die Vision einer elektronischen Selbstregierung der Bürger ist nicht umsetzbar. Vorstellbar dagegen ist eine Ergänzung und Bereicherung repräsentativer Demokratie mit Elementen digitaler Kommu-

nikation und Vernetzung, mit der zweierlei erreicht werden könnte: zum einen die Einbindung der interessierten und aktiven Teile der Bevölkerung in deliberative Prozesse der Willensbildung; zum anderen die Teilhabe der genannten Bevölkerungsteile an politischen Entscheidungsprozessen. Hier ist etwa zu denken an kommunale Planungsprozesse. Das heißt, letztlich läuft ein realistisches Modell auf ein „gemischtes Regime“ (Vorländer) hinaus, das über Gewaltenteilungs- und Kontrollsysteme der traditionellen Repräsentativdemokratie hinausgeht. Ähnlich argumentiert auch Ulrich Sarcinelli, der sowohl Repräsentationsmechanismen als auch Partizipationsmöglichkeiten für Bürger fordert. Gleichwohl – und dies ist ein zentraler Hinweis – bedarf es dann auch „neuer institutioneller Arrangements der Information,

Kommunikation und Beratung von und mit Bürgern“.

Zum Schluss wird hier die Frage nach der Revitalisierung der repräsentativen Demokratie durch das Internet umgedreht und auf folgendes Problem hingewiesen: Inwieweit beeinflusst das Internet durch seine Funktionslogik die repräsentative Demokratie? Inwieweit können sich durch die Neuen Medien auch dysfunktionale Effekte für die repräsentative Demokratie ergeben? Web 1.0 und vor allem Web 2.0 können zum Stressfaktor werden, wenn sie bestimmten Funktionsmerkmalen der Repräsentativdemokratie zuwiderlaufen, indem sie etwa kurzfristigen Handlungsdruck zugunsten schneller Entscheidungen auf die Akteure erzeugen, wenn die in der Politik durchaus notwendige Vertraulichkeit zwischen Akteuren unterlaufen wird oder wenn eine Art „Scheinresponsivität“ (Erreichbarkeit gleich Responsivität) produziert wird. Da jeder Abgeordnete online zu erreichen ist, erhöht sich einerseits der Druck, permanent durch Twittern und Bloggen responsiv zu erscheinen, andererseits mag der falsche Eindruck beim Bürger entstehen, mit einer Mail oder einem Blog habe man schon eine Entscheidung beeinflusst. Wenn dies dann aber nicht der Fall ist, dürften Frustrationseffekte entstehen.

Weiterhin ist offen, inwieweit die Ergänzung von partizipativen Elementen die ohnehin als vermindert kritisierte Steuerungsfähigkeit des Staates noch zusätzlich einschränkt. Wenn sich aber Entscheidungsprozesse weiter verlangsamten – auch dies ein Hintergrund für Politikverdrossenheit – und Blockademöglichkeiten erhöhen, dann könnte dies das ursprüngliche Problem der derzeitigen Ermüdungserscheinung eher verschärfen denn beheben. Es wäre kein sehr beruhigendes Bild, sich Regierungen

vorzustellen, deren Entscheidungsspielräume durch externe Zwänge (internationale Abstimmung, EU) und die zusätzliche Einengung durch eine Vielzahl von Referenda bestimmt sind, die auch eine Verlangsamung der Entscheidungsprozesse und eine Status-quo-Orientierung bedeuten.

Und schließlich bleibt die Frage, wie sich die dezentrale, anonyme, verantwortungsbefreite, ungefilterte Kommunikation von *social media* auf die Qualität politischer Willensbildungsprozesse auswirken wird. Es bedarf künftig profunder empirischer Untersuchungen, wie die Form der Internet-Kommunikation die notwendige Reflexion, das Abwägen und die Kompromissfindung im politischen Prozess beeinflussen wird. Wenn jeder Nutzer Kampagnen kreieren kann und deren „hits“ zum Maßstab des Erfolgs werden (siehe die Kony-Kampagne), der Wahrheitsgehalt des Inhalts aber sekundär wird, dann ist das kein Fortschritt für die Demokratie, sondern eher beunruhigend.

Das Fazit lautet: Repräsentative Demokratie kann nur so weit um andere Elemente ergänzt werden, wie die Zurechnung von Verantwortlichkeit (*accountability*) nicht gefährdet wird. Auch deshalb kann auf das repräsentative Prinzip nicht verzichtet werden, denn es verpflichtet die Repräsentanten auf die Verantwortung für das Gemeinwohl, das in direktdemokratischen oder Bürgerbeteiligungsformen nicht garantiert ist.

Bei allen Modernisierungsprojekten muss daher darauf geachtet werden, dass die Institutionen der repräsentativen Demokratie nicht geschwächt werden und die repräsentativ-demokratischen Prozesse nicht unterspült werden von plebiszitären Vorkehrungen, die etwa das Parlament schwächen oder die Steuerskapazität der Exekutive reduzieren könnten.